

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei postmässiger
Postzahlung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post monatlich
8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark.
einschl. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsvorzeichen unter
Sonder-Zahlung eingetragene, für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der Redaktion. Halle, den
11.10.19, der Anzeigen-Abt., Nr. 1133
u. 1133, der Zeitung-Abt., Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Zeitungs-Kritik

Zwanzigundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 5.

Halle, Mittwoch, den 5. Januar 1921.

Einzelpreis 20 Pf.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Samstagsausgabe 40 Pf., Restamte
in der Zeitungs- und Anzeigenzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenverträge, Erfüllungsort
Halle, S. 10. Erhalten wird 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 1a. Dr. Brandpauer, 17.
Leben. Geschäftsstellen: Halle,
Wischstrasse 52 und Markt 24.
Dörfels-Konto Leipzig Nr. 4609.

Bethmann Hollweg über den neuen demokratischen Staat.

Im Oktober 1918, also kurz vor der Revolution, veranfaßte der Leiter der Deutschen Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung, Berlin-Salensee, Herr Arthur Kirchoff, eine Rundfrage über die damalige Situation. Herr v. Bethmann Hollweg beantwortete die an ihn gerichtete Frage in den Tagen nach der Revolution. Sein bisher unveröffentlichtes Schreiben, das Herr Kirchoff dem „N. Z.“ zur Verfügung stellt, lautet:

Seitdem die Rundfragen erstattet sind, ist die Revolution gekommen. Wir stehen neuen Forderungen gegenüber, die für unser Dasein entscheidend sind. Ohne die Bildung einer Regierung, die sich auf das Vertrauen der Mehrheit des ganzen Volkes stützt, bekommen wir kein Brot und keinen Frieden, keinen der Hungersnot, dem Bürgerkrieg und der Zerrüttung des Reiches entgegen. Das gesamte Volk steht in der Lage. In seiner erdrückenden Majorität will es kein Unrecht und Terror nicht wissen, verlangt es förmlich nach der konstituierenden Nationalversammlung, und nur ein ganz geringer Teil ist es, der der Nation wider ihren Willen die einseitige Diktatur des Kaiserlich-Parlamentarismus will. Wie wird die Entscheidung fallen?

Vier lange Jahre hat das Volk in seiner Masse fast den ganzen Welt-Kriegsgewalt — im Schützengraben und dahinter — obwohl Mangel an seiner physischen Kraft, obwohl unvollständiger Streit über die Kriegsziele, ungeliebte Verleumdung über den U-Boot-Krieg und läppig wührendes Zutrittamentum die Gemüter verwirrt. Hier Feldennut wird der ewige Ruhm Deutschlands bleiben. Ihn wollen wir jetzt, wo das Schicksal gegen uns entschieden hat, nicht hoch und heilig halten, aus ihm, nicht aus eigener Selbstverleumdung, neue Kraft ziehen. Nicht weil deutscher Geist verfallt hätte, haben wir die grauenhaften Verhältnisse der Weltkriege annehmen müssen, sondern weil nach dem Zusammenbruch unserer Bundesgenossen weiterer Widerstand gegen eine zermalmende Übermacht einfach aussichtslos war.

Jetzt aber ist Widerstand möglich. Widerstand gegen die, welche das Chaos wollen. Das ist nicht ein Streit, wie er vor dem Kriege unser Volk zerfetzte. Die alten Parteien, von nationalen und antinationalen, von vaterlandstreuen und vaterlandlosen Parteien, sind Gott sei Dank hoffentlich für immer überlebt. Die Sozialdemokratie ist in den freien Selbstkampf mit eingetreten. Wir ihr zusammen wollen wir leben, was die kittere Not der Zeit verlangt. Anzuerkennen, aber frei.

Man sagt, wir Deutschen seien unpolitisches Volk. Man mag recht damit haben. Aber jetzt unecht haben die oberen Klassen, wenn sie meinen, gerade der einfache Mann des Volkes sei unpolitisch. Man findet bei ihm im Durchschnitt nicht nur sehr ausgeprägtes politisches Interesse, sondern auch politisches Urteil, aufgebaut auf gesundem Menschenverstand, arbeitsamen Ordnungssinn und unvoreingenommener Duldsamkeit, modern nur Gerechtigkeit geistigt wird. Was er selbst, ist die politische Führung. Leicht war und ist es, dafür die Regierung allein verantwortlich zu machen. Aber weder in dem alten Dreikönigstisch, wo die Parteien in der Befähigung der Regierung ihre Mission sahen, noch in dem jetzigen Volkstaat konnte und kann die Regierung ohne die Grundlage großer und nur politischem Leben erfüllter Parteien etwas tun. Solche Parteien hatten wir nicht und haben wir auch jetzt nicht. Sie zu schaffen, scheint mir die Hauptaufgabe. Jetzt für die konstituierende Nationalversammlung, danach für den Reichstag, der aus ihr hervorgehen soll.

Weber den entscheidenden Niedergang, dem unser Parteiwesen verfallen war, herrscht wohl kein Streit mehr. Die konstitutionelle, nicht parlamentarische Regierungsform und die Eigenart unseres Wahlrechts mag manche feste Kraft dem politischen Leben ferngehalten haben. Dazu kam, insbesondere bei den bürgerlichen Parteien, die Verehrung des Volkstums und die mit dem Alter unwahrscheinlich gewordene Abneigung der meisten Parteiprogramme, verbunden mit vielfach beglückwünschender Haltung gegen den politischen Gegner. Jetzt in dem parlamentarischen System des neuen Volkstaates, kann keine Einbürgerung mehr geschehen. In den praktischen Kleinaufgaben, die vor uns stehen, nicht an theoretischen Schölschen, sind neue Parteiprogramme aufzustellen, um die sich, befreit von allem Druck von oben und unten, alle, aber auch alle Kräfte der Nation zu sammeln haben.

Wichtig wie bei den Parteien liegt es bei der Presse. Nicht Genialität, Verbeugung der Nationen und der einzelnen Volksteile untereinander, sondern Klärung und Lösung der politischen Probleme im Kampf der Geister muß ihre Aufgabe sein.

II Das sind Gedanken, die sich von selbst andrängen. Sie werden nur ausgesprochen, weil sie zeigen, wo die Arbeit zu leisten einzulegen hat. Nur lebendige Teilnahme aller gewählten Repräsentanten der Nation an der politischen Arbeit des

Parteiens, der Presse und Parlamente kann bewirken, daß in diesen Organen wieder geistige Arbeit geleistet wird. Und nur in der geistigen Arbeit dieser Mächte, welche nur einmal das politische Leben der Nation bestimmen, kann sich im Kampf der Meinungen der Geist herausbilden, an dem sich Willkür und Einfluß des Volkes zu sittlichem Vaterlandsbienstand entfalten.

Die Auslieferung der deutschen Flugschiffe.

Die Wiedergutmachungskommission stellt amtlich mit: Nach § 6 der Anlage 3 zu Teil 8 des Berliner Vertrages legt Deutschland zu, binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages unter Beobachtung eines vom Wiedergutmachungsausschuss vorgeschriebenen Verfahrens den alliierten und assoziierten Mächten alle nach feindlichen Flugschiffe und anderen Fahrzeuge der Flugschiffart, die seit dem 1. August 1914 aus irgendeinem Grunde in seinen oder seiner Reichsangehörigen Besitz gelangt sind, in Natur und im normalen Unterhaltungszustande zurückzugeben. Zum Ausgleich für diejenige Verluste an Flugschiffen, die während des Krieges erlitten haben und die durch die eben beschriebene Rückgabe nicht ersetzt werden können, verpflichtet sich Deutschland, den Wiedergutmachungsausschuss einen Teil seines Flugschiffparkes, und zwar bis zur Höhe dieser Verluste abzutreten, höchstens jedoch 20 Prozent des gesamten Parks nach seinem Bestande vom 11. November 1918.

In Erfüllung dieser Verpflichtung hat auf deutscher Seite bis zu diesem Tage 29 483 Tonnen Flugschiffmaterial, der auf Veranlassung des Wiedergutmachungsausschusses festgestellt wurde, zurückgegeben worden, d. h. ungefähr ein Viertel der abzuliefernden Tonnage. Die Nachforschungen nach solchen Flugschiffen werden in Deutschland fortgesetzt. Die Wiedergutmachungskommission hat bereits von Seiten der Briten, Franzosen, Holländern, Belgier, Griechen, Polier, norwegischen, rumänischen und holländischen Regierung die Bitte ihrer Flugschiffverluste erhalten und nachgeprüft. Andererseits hat die deutsche Kriegskommmission eine Aufstellung überreicht, aus der die Bedeutung der Binnenflugschiffart auf den wichtigsten deutschen Stromwegen erhellt und nach dem Stande vom 11. November 1918, wie aus dem Innenverzeichnisse hervorgeht, 6 Millionen Tonnen übersteigt. Kleine Belegungen abgerechnet, wird auf der Grundlage dieser Belegungen die Bewertung jener 20 Prozent vorgenommen werden, die das Höchstmaß dessen darstellen, was die Alliierten vom Deutschland fordern können. Die Wiedergutmachungskommission hat nunmehr sowohl dem im Art. 339 vorgesehene Schiedsrichter wie auch an Deutschland die Gesamtsumme der Verluste mitgeteilt, für die Deutschland Ersatz zu leisten hat. Der Schiedsrichter seinerseits hat jedoch den Wiedergutmachungsausschuss die Bestimmungen für das Abtretungsverfahren mitgeteilt. Zu kürzester Frist werden daher die Abtretungen der abzutretenden Flugschiffe praktisch bewerkstelligt werden.

Die Beamtenforderungen.

Montag normitas haben im Reichsfinanzministerium zwischen Vertretern der Reichsregierung und der großen Beamtenverbände die angeordneten Verhandlungen über die Besoldungsänderung der Beamtenstellen stattgefunden. Die Verhandlungen, die zu nächst nur allgemeiner prinzipieller Natur waren, haben, wie wir hören, insofern ein positives Ergebnis erzielt, als durch die Möglichkeit geschaffen wurde, daß in den kommenden Tagen zwischen den beteiligten Reichsstellen und den Vertretern der Organisationen jeweilige Verhandlungen über die Forderungen der Beamtenstellen beginnen können. Vertreter der Eisenbahnerorganisationen erklärten zu Beginn der Verhandlungen, daß die Stimmung unter den Eisenbahnen auf das Höchste gereizt sei, da bei ihnen die Besoldung, die das Finanzministerium durch Verhandlungsmittel treibe, Staatssekretär Schuler trat diesen Ausführungen entgegen und sprach die Hoffnung aus, daß die Eisenbahnbeamten sich der Politik der übrigen Beamtenverbände anschließen würden. Man erwiderte ihm zum Schluss dahin, daß am Mittwoch im Reichsfinanzministerium über die Forderungen der Eisenbahner und am Freitag im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der Beamtenverbände über die Gehaltsansprüche aller Beamten verhandelt werde. Am Dienstag soll eine Besoldung zwischen dem Reichsfinanzminister und den Vertretern der Länder stattfinden, wobei Richtlinien für die Stellung der Regierungsbeamten bei den kommenden materiellen Verhandlungen festgelegt werden sollen.

Die an den Verhandlungen beteiligten Eisenbahnerorganisationen haben nach am Abend durch ihren für Auswärts einen Anruf an ihre Mittelglieder ergehen lassen, in dem es heißt:

Die Regierung hat die Bereitwilligkeit ausgesprochen, innerhalb der Grenzen des Möglichen alles zu tun, um die Notlage der Beamten, und Arbeiterschaft zu beheben. Die Regierung ist aus gewillt, die Verhandlungen mit besten Kräften zu beschleunigen und im Benehmen mit den Ländern so reich wie möglich eine Vorlage an den Reichstag zu bringen, der sie gleichfalls voranzutreiben nachsehen wird. Wir fordern künftige Arbeiter auf, das Zukunftsbedenken in der Reichsregierung über die Verhandlungen nicht nicht zu hören und deshalb Aktionen zu unterlassen. Mühte es in solchen kommen, so wären die unterzeichneten Organisationen rechtlich dazu auf. Ueber die Verhandlungen wird, sobald politische Ergebnisse feststehen, einmündig berichtet werden. Ueber die Eisenbahnerverbände, Reichsvereinigter deutscher Eisenbahner und Eisenbahner-Gesellschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, Allgemeiner Eisenbahnerverband.

Die Entlohnungsfrage.

(Zusammenfassung der alliierten Ministerpräsidenten.)
PARIS, 4. Januar. „L'Echo de Paris“ veröffentlicht das Protokoll der alliierten Ministerpräsidenten in der Frage der Entlohnung Deutschlands. In der Frage der Entlohnung Deutschlands kommen einige, ihre Ansichten äussern nur auseinander hinsichtlich der Frist in der die deutschen Reparationen aufbehalten werden sollen. England betrachtet die Frage hinsichtlich der Verzinsung der Reparationen für 1921 und 1922. Es würde zwar eben so Frankreich als die Alliierten der noch verbleibenden Reparationen, aber auch in dieser Hinsicht die bestehenden Schwierigkeiten. Berechnete Berechnungen zeigen das Entlohnungsabkommen für den deutschen Reparation nicht nur sehr leicht werden. Hinsichtlich der Entlohnung werden und der Dreizehntel England ebenso wie Frankreich, daß die Dreizehntel Reparationen müßten, aber dies könne nicht so schnell erfolgen, wie Frankreich es wünscht. In der Frage der Entlohnung dieser Reparationen ist Frankreich, nach und nach nicht abzuwarten, sondern die alliierten Organisationen treten besonders Dänemark und Norwegen ein, in den beiden Gebieten beläufige Grund, den Bolschewismus zu bekämpfen. Eine sofortige Aufhebung dieser Entlohnung würde die deutsche Reparation in dem Maße, wie es notwendig ist, zu erleichtern. Nach Ansicht der alliierten Regierung würde jedoch besonders in Bayern mehr Freizügigkeit als nötig unter den Waffen gehalten. Um in dieser Angelegenheit zu einer vollen Verständigung zu kommen, müßte baldigst eine Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten stattfinden. Das Protokoll besteht aus dem Artikel des Friedensvertrages über die Verteilung der Gesamtsumme der deutschen Industrie, die nicht betriebsfähig ausgeführt werden, daß sie es noch zu früh, um über die einzelnen notwendigen Maßnahmen zu sprechen.

PARIS, 4. Januar. „L'Echo de Paris“ wird mitgeteilt, daß die französische Regierung vorstehen eine Note an die englische Regierung geschickt habe, in der eine Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten in Paris zur Behandlung der deutschen und der orientalischen Frage in Vorschlag gebracht wird. Die Konferenz soll zwischen dem 12. und 15. Januar stattfinden.
PARIS, 4. Januar. „L'Echo de Paris“ berichtet zur Entlohnung Deutschlands: In England und anderwärts mag die Meinung geltend, daß nur der deutschen Reparationen eine Frist bewilligen könne, um zur Erfüllung der Sicherheitspolizei und der anderen militärischen Organisationen zu führen.

Schiedsrichter im Entlohnungsfall.

Der Korrespondent des „Echo de Paris“ in Washington meldet: Der ehemalige Botschafter des Handelsamtes Demans hat in Marion (Ohio) einen Brief veröffentlicht, der im Kongress ungeheures Aufsehen erregt. In dem Briefe wird gesagt: Als Botschafter während des Krieges nach Washington gekommen war, um wegen einer Angelegenheit mit den Alliierten und Japan geschlossenen Geheimvertrag über die Früchtholme der deutschen Inseln im Stillen Ozean verheimlicht. Man glaubt, daß die Behauptung Demans eine Prüfung durch den Kongress nach sich ziehen wird.

Klara Zetkin in der französischen Kammer.

In der Donnerstag-Rede zum Entwurf der Kammer stand die Interaktion des Frau. Klara Zetkin über die Annahme der Klara Zetkin auf dem Sozialistischen Weltkongress in Tours zur Behandlung. Klara Zetkin wies darauf hin, daß Klara Zetkin nach Frankreich und sogar bis nach Tours gelangen konnte, trotzdem die französische Regierung ihr das Verbot verweigert hatte. Er erklärte, daß Klara Zetkin eine ausgezeichnete Kommunistin sei. Man müsse aber auch anerkennen, daß sie gegen die Invasion in Belgien protestiert habe. Aber sogar ist sie ebenso als ausgezeichnete Deutsche, denn sie hat erklärt, daß eines der Hauptziele der Revolution sei, den Berliner Vertrag zu zerlegen. Es erhebt sich nun die Frage, wie es gekommen ist und wie es möglich war, daß Klara Zetkin trotz der Maßnahmen des Ministers des Innern in Frankreich eintreffen konnte. Welche Maßnahmen gegen die Regierung zu ergreifen gegen solche neue Invasion? Die französischen Soldaten waren infolge, die „Berth“ zum Schweigen zu bringen. Es wird nun Sache der Regierung der Republik sein, auch der Klara den Mund zu stoppen. Unter großem Beifall verließ Klara die Tribüne.

Der Minister des Innern antwortete persönlich. Das Haus nahm anfänglich seine Ausführungen mit großem Stillen zu, aus welchem ungewöhnlich äußere Insulten dem und Mißtrauen zu erkennen waren. Die Haltung des Hauses änderte sich aber sofort nach der Interaktion durch den sozialistischen Abgeordneten. Der Minister erklärte: Es ist richtig, daß die Regierung den fremden und nicht den deutschen Propagandisten für einen Bürgerkrieg formell verboten hat, nach Frankreich zu kommen. Wir haben schon genug eigene Landsleute, die auf den Bürgerkrieg hinarbeiten. Weiter haben die polizeilichen Maßnahmen der der Grenze und im Innern des Landes nicht genügt. Klara Zetkin zu verhindern, in Tours eine Rede zu halten. Es ist übrigens vielleicht gar nicht so schlimm, daß Klara Zetkin zu Worte kommen konnte, denn sie hat damit nur bewiesen, daß die Wege des Bolschewismus nach Frankreich über Berlin führen. Beobachtungswert ist es nur, daß Frankreich die Fernunterstützung von 1914 vorgehen und unterstützen, wenn auch nicht mit Entschiedenheit, so doch mit einer gewissen Regelmäßigkeit gegen die Maßnahmen, welche gegen den Wiedergutmachungsvertrag gerichtet waren.

Herr Cadin bemerkte dazu: Doch mit Entschiedenheit.
Der Präsident der Kammer konstatierte gegen Klara Zetkin.

